

US-Abzug aus Deutschland, Nord Stream & Iran-Krieg | Fabian Scheidler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und herzlich willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich Sie daran erinnern, unsere alternativen Kanäle auf Rumble und Telegram zu abonnieren. YouTube, das zu Google gehört, arbeitet eng mit den US-Sicherheitsbehörden zusammen und hat eine lange Geschichte von Shadowbanning und Zensur von Inhalten unabhängiger und kritischer Medien wie dem unseren. Zudem haben wir in den letzten Monaten Millionen von Menschen erreicht und rund 7.000 Abonnenten gewonnen, doch in den letzten zwei Wochen ist unsere Reichweite dramatisch gesunken. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen zuverlässigen Kanälen beizutreten. Den Link dazu finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Vergessen Sie außerdem nicht, dieses Video zu liken, zu kommentieren und innerhalb Ihres Netzwerks zu teilen. Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten Fabian Scheidler. Fabian Scheidler hat zahlreiche Bücher verfasst, zuletzt: *Friedenstüchtig: Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen*. Fabian, willkommen zurück in der Sendung.

Fabian Scheidler (FS): Danke für die Einladung.

ZR: Lassen Sie uns mit der Nord Stream-Pipeline beginnen, und ich möchte zunächst kurz einige wichtige Entwicklungen für unsere Zuschauer zusammenfassen. Im September 2022 wurden die Pipelines gesprengt – einer der folgenschwersten Sabotageakte gegen Deutschlands Energieinfrastruktur mit weitreichenden wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Es kristallisierten sich zwei Haupttheorien bezüglich der Täter heraus. Erstens die Theorie des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Seymour Hersh, den Sie kurz nach unserer Berichterstattung interviewt haben und die wir auf unserem Kanal veröffentlicht haben, wonach die Vereinigten Staaten den Anschlag auf Nord Stream verübt

hätten, und zweitens die derzeit in den deutschen Medien und im politischen Establishment vorherrschende Darstellung, dass eine mit der Ukraine in Verbindung stehende Gruppe angeblich mit der Segelyacht Andromeda für den Anschlag verantwortlich sei. Im Jahr 2025 wurde ein mutmaßlicher Verdächtiger aus einer ukrainischen Gruppe, Serhii K., in Italien aufgrund eines europäischen Haftbefehls festgenommen und an Deutschland ausgeliefert. Sein Anwalt argumentierte, dass er nach internationalem Recht als Soldat gegen feindliche Infrastruktur vorgegangen sei und daher Anspruch auf das Privileg eines Kombattanten habe. Der Bundesgerichtshof wies dieses Argument zurück und bestätigte die Untersuchungshaft. Ein weiterer ukrainischer Staatsangehöriger, Volodymyr Z., wurde in der Nähe von Warschau festgenommen, doch am 17. Oktober 2025 lehnte ein polnisches Gericht seine Auslieferung an Deutschland ab und argumentierte, er habe im Rahmen des Verteidigungskriegs der Ukraine gehandelt und somit nach polnischem Recht keine Straftat begangen. Meiner bisherigen Beobachtung nach hat weder die Mehrheit der Medien noch das politische Establishment in Deutschland ernsthaft untersucht, ob es Verbindungen zwischen den Verdächtigen und Elementen des ukrainischen Staates gab. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund diese Entwicklungen? Hat Deutschland Ihrer Ansicht nach genug getan, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

FS: Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass es sich hierbei um einen ungelösten Fall handelt. Es ist möglich, dass ukrainische Kräfte verantwortlich sind, und genau darüber berichten die Medien, das Wall Street Journal und andere, schon seit langer Zeit. Aber kaum eines der Leitmedien ist der Spur von Hersh gefolgt. Und ich glaube, dass Seymour Hersh' Einschätzung bislang noch nicht widerlegt wurde. Es ist also nach wie vor durchaus möglich, dass die USA direkt für die Anschläge verantwortlich waren und dass die ganze Geschichte um Andromeda nur ein Ablenkungsmanöver ist. Das ist durchaus möglich. Wir wissen es noch nicht. Die Journalisten, die darüber berichten, sind unglaublich naiv. Wenn ihnen also der SBU oder andere Geheimdienste in der Ukraine erzählen, dass eine Gruppe Ukrainer verantwortlich war und Selenskyj davon wusste, aber dagegen war, dann drucken sie das einfach so ab. Sie hinterfragen nicht einmal, dass eine solche Operation ohne die Zustimmung von Präsident Selenskyj und ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht hätte durchgeführt werden können. Wenn also eine ukrainische Operation stattfand, war es eine gemeinsame Operation; die CIA wusste von den Plänen, wir wissen, dass die CIA in den frühen Phasen involviert war, und es ist völlig unglaubwürdig, dass die USA kein grünes Licht dafür gegeben hätten. Und das ist also der springende Punkt. Der springende Punkt in dieser Geschichte, über den niemand spricht, besteht darin, dass entweder die Ukraine oder die Vereinigten Staaten oder beide die wichtigste deutsche Energieinfrastruktur angegriffen haben, und beide Staaten sind unsere Verbündeten. Und die Europäische Union hat der Ukraine gerade einen Kredit gewährt; nachdem Viktor Orbán, der Präsident Ungarns, die Wahl verloren hatte, wurde dieses Geld freigegeben. Deutschland wird 22 Milliarden Dollar an die Ukraine zahlen. Der sogenannte Kredit ist kein Kredit, er wird niemals zurückgezahlt werden. Die Ukraine kann ihn nicht zurückzahlen, will ihn nicht zurückzahlen. Und er wird dem korruptesten Staat Europas gewährt, der möglicherweise unsere Infrastruktur bombardiert hat. Das ist also der größte Skandal hier. Und niemand spricht darüber. Kommen wir nun kurz zu den Details. Die deutsche Regierung hat sehr

wenig unternommen, um Aufklärung über die Verantwortlichen für die Anschläge zu schaffen. Bekanntlich stand Olaf Scholz neben Präsident Biden, als dieser vor der russischen Invasion in der Ukraine ankündigte, dass er die Pipeline zerstören werde. Dies wurde also angekündigt. Und die Deutschen haben dazu kein Wort gesagt. Das war der erste Skandal. Und nach der Sprengung der Pipeline haben sie auch sehr wenig unternommen, um der Hersh-Theorie nachzugehen – sie sind der Hersh-Theorie überhaupt nicht nachgegangen –, und jetzt haben wir fünf weitere Verdächtige auf ukrainischer Seite, die in Kiew auf freiem Fuß sind. Und es scheint nicht einmal eine Forderung zu geben, sie an Deutschland auszuliefern. Es gibt also einen Verdächtigen, und es wird interessant sein zu sehen, was wir vor Gericht über diese Geschichte erfahren werden. Ich glaube, die deutschen Behörden haben nicht wirklich großes Interesse an einer Aufklärung dieser Angelegenheit gezeigt, schon gar nicht die Regierung, denn es wäre in jedem Fall peinlich. Wenn es die Ukraine war, dann gewähren wir einem Land, das unsere Infrastruktur bombardiert hat, riesige Kredite und riesige Geldsummen. Es ist unmöglich, eine solche Situation aufrechtzuerhalten, und deshalb wollen sie die ganze Geschichte nicht ans Licht bringen.

ZR: Wechseln wir nun das Thema und sprechen wir über die jüngste Ankündigung der USA, Truppen aus Deutschland abzuziehen – eine Entwicklung, die in den deutschen staatlichen und kommerziellen Medien große Beachtung fand. Laut der Deutschen Welle sind derzeit zwischen 35.000 und 39.000 US-Soldaten sowie rund 13.000 Angehörige der Luftwaffe auf etwa 40 Militärstützpunkten stationiert, vor allem im Süden und Südwesten des Landes. Ende April sagte Bundeskanzler Friedrich Merz in einer Rede vor Studenten in Marsberg, die Vereinigten Staaten würden in den Verhandlungen von der iranischen Führung, Zitat, „gedemütigt“, Zitatende. Deutschland hatte den US-amerikanisch-israelischen Angriffskrieg gegen den Iran zunächst rhetorisch unterstützt, doch als sich die wirtschaftlichen Auswirkungen verschärften, begann sich der Ton zu ändern. Die USA reagierten scharf auf Merz' Äußerungen, verstärkten den Druck durch Zölle auf europäische Autohersteller und kündigten umgehend Pläne zum Abzug von rund 5.000 US-Soldaten aus Deutschland an, insbesondere der in Vilseck, Bayern, stationierten Stryker-Brigade. Die USA stellen zudem den geplanten Einsatz von Tomahawk-Langstrecken-Marschflugkörpern ein, der unter den vorherigen Regierungen der USA und Deutschlands vereinbart worden war und Deutschland Tiefschlagfähigkeiten verschafft hätte. Als Reaktion darauf hat Deutschland erklärt, dass es seine bestehenden Bestände an Taurus-Marschflugkörpern modernisiert und das European Long Range Strike Approach Program (ELSA) fortsetzt, ein gemeinsames Programm, an dem Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich beteiligt sind. Was ich ziemlich interessant fand, Fabian, ist, wie die deutschen Medien diese Entwicklungen dargestellt haben. Zwischen dem 2. und 4. Mai stellte die Tagesschau, eine der größten deutschen Nachrichtensendungen zur Hauptsendezeit, die täglich um 20 Uhr von Millionen Zuschauern verfolgt wird, den Abzug und die mögliche Streichung der Tomahawk-Stationierungen wiederholt als negative Entwicklung dar und erklärte, dass dies der lokalen Wirtschaft schaden, Putin ein falsches Signal senden und eine Abschreckungslücke gegenüber Russland schaffen würde, das selbst Mittelstreckenraketen vom Typ Iskander in Kaliningrad stationiert hat. Wie beurteilen Sie den Abzug der USA aus

Deutschland, und was halten Sie von dem Argument der wirtschaftlichen und abschreckenden Wirkung, das die Medien der Öffentlichkeit präsentieren?

FS: Zunächst einmal ist der Abzug von etwa 5.000 Soldaten an sich eine eher unbedeutende Angelegenheit. Damit würden wir nämlich wieder auf den Truppenstand in Deutschland vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine zurückkehren. Deutschland ist also neben Japan das Land mit den meisten US-Soldaten, und Deutschland ist zudem die Drehscheibe für US-Militäroperationen auf der ganzen Welt, einschließlich der Kommandos für Afrika und andere Teile der Welt in Stuttgart. Und wir haben US-Atombomben in Büchel. Und daran ändert sich also tatsächlich nichts. Und tatsächlich hat Deutschland den illegalen Angriffskrieg gegen den Iran unterstützt, denn die USA haben all diese Stützpunkte und auch Ramstein genutzt. Ich sehe also nicht, dass Merz die USA in irgendeiner Weise ernsthaft kritisiert hätte, geschweige denn etwas unternommen hätte, um diesen Krieg zu stoppen. Davon abgesehen ist die Ankündigung, die Tomahawks nicht hier zu stationieren, in der Tat eine gute Nachricht, denn im Falle eines Konflikts mit Russland glaube ich nicht, dass Russland überhaupt an einem Konflikt mit der NATO interessiert ist, und die US-Geheimdienste bestätigen das. Das sage ich schon seit langem. Sie haben nicht die Mittel dazu. Sie wollen sich der NATO nicht entgegenstellen. Aber im Falle eines Flächenbrandes wäre dies ein Ziel. All diese Entwicklungen gab es also bereits in den 1980er Jahren. Es gab neue Raketen und Raketenstationen in Deutschland, gegen deren Stationierung Hunderttausende Menschen auf die Straße gingen, da man nicht verstand, dass mehr dieser Waffen, die Moskau in kürzester Zeit erreichen können, Deutschland unsicherer machen, weil all dies Ziele sind und Russland reagieren wird. Russland wird weitere Raketen, Marschflugkörper und andere Waffen in Kaliningrad und an anderen Orten stationieren. Um also Sicherheit in Deutschland zu erreichen, müssen wir nicht den Weg einer weiteren Militarisierung einschlagen. Wir sollten vielmehr eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa schaffen, was durchaus machbar wäre. Russland ist daran interessiert. Das bekunden sie schon seit sehr langer Zeit, und sie wurden durch die NATO-Erweiterung ausgeschlossen. Das ist also der Hintergrund. Und was die Tomahawks hier betrifft, hätte Deutschland keinerlei Kontrolle über den Einsatz dieser Tomahawks. Wenn wir also einen Präsidenten wie Trump haben, oder Biden, der in der Außenpolitik genauso unfähig ist wie Trump, sollten wir uns keine Illusionen über eine bessere demokratische Regierung in Washington in der Außenpolitik machen; das ist extrem gefährlich, denn sie könnten den roten Knopf drücken, und die deutsche Regierung könnte nichts dagegen tun, sodass wir hier in Deutschland das Schlachtfeld hätten. Der Abzug dieser Waffen oder die Nichtstationierung dieser Waffen ist eine gute Nachricht; meine Sichtweise ist also genau das Gegenteil von dem, was die meisten unserer Medien die ganze Zeit berichten, wobei wir auch berücksichtigen müssen, dass die französische Regierung bereits vor langer Zeit unter Präsident de Gaulle alle US-Truppen aus Frankreich ausgewiesen hat. Es gibt keine US-Truppen auf französischem Boden. Und sie haben dies getan, um in der Außenpolitik unabhängiger zu werden. Und ich denke, das war eine gute Entscheidung, und das würde für Frankreich perfekt funktionieren. Warum sollte es für Deutschland nicht genauso gut funktionieren? Meiner Meinung nach wäre das der richtige Weg.

ZR: Wenden wir uns nun dem von Ihnen erwähnten US-israelischen Angriffskrieg zu, doch lassen Sie mich zunächst für unsere Zuschauer einige der jüngsten Entwicklungen zusammenfassen. Der Krieg begann Ende Februar im Rahmen der Operation „Epic Fury“, und nach etwa sechs Wochen der Kämpfe trat man durch regionale Vermittlung, die unter anderem von Pakistan geleitet wurde, in eine sogenannte Waffenstillstandsphase ein. Diese Gespräche führten jedoch zu keinem Durchbruch, da die Vereinigten Staaten eine Seeblockade um den Iran verhängten, iranische Schiffe und Öltanker beschlagnahmten und ihre militärische Präsenz in der Region ausweiteten. Die Lage eskalierte am 3. Mai erneut, als Donald Trump das „Project Freedom“ ankündigte, eine US-Operation, deren Ziel es ist, Schiffe durch die Straße von Hormus zu leiten. Innerhalb weniger Stunden tauchten Berichte über erneute Konfrontationen rund um die Wasserstraße auf. Der Iran soll Schiffe angegriffen haben, die versuchten, ohne seine Genehmigung zu passieren, darunter einen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten in Verbindung stehenden Öltanker in der Nähe von Fudschaira und ein von Südkorea betriebenes Schiff, während US-Streitkräfte sechs iranische Kleinboote zerstört hatten. Der Iran soll daraufhin mit Drohnen und Raketen eine strategische Ölinfrastruktur in Fudschaira angegriffen haben. Fudschaira ist von Bedeutung, da es an der Ostküste der VAE am Golf von Oman außerhalb der Straße von Hormus liegt und als wichtige Ölexportroute dient, die die Meerenge umgehen kann. „Project Freedom“ wurde kurz darauf, nur einen Tag nach Trumps Ankündigung, unterbrochen. Nun scheint die Diplomatie wieder anzulaufen. Berichten zufolge prüft der Iran derzeit einen Vorschlag zur Beendigung des Krieges, der eine schrittweise Deeskalation, Beschränkungen des iranischen Atomprogramms, die Aufhebung von Sanktionen, die Freigabe eingefrorener iranischer Vermögenswerte sowie Vereinbarungen zur Wiederöffnung der Straße von Hormus vorsieht. Al Jazeera berichtete soeben, dass der iranische Außenminister Abbas Araghchi soeben Pakistan kontaktiert und erklärt habe, man sei offen für Dialog und Diplomatie. Wie beurteilen Sie den Krieg bisher? Und wie hat er Ihrer Meinung nach die Position und das Ansehen des Iran in der Welt beeinflusst? Und zweitens: Was glauben Sie, versuchen die Vereinigten Staaten und Israel in diesem Krieg geopolitisch über ihre erklärten Ziele hinaus zu erreichen?

FS: Zunächst einmal müssen wir erkennen, dass dieser illegale Angriffskrieg aus Sicht der Vereinigten Staaten ein völliger Fehlschlag war. Sie haben keines ihrer Ziele erreicht, die sich ständig änderten, aber weder kam es zu einem Regimewechsel, noch ist der Iran wirtschaftlich zusammengebrochen. Sie kontrollieren also die Straße von Hormus, und ich glaube, das wird sich in absehbarer Zukunft nicht ändern, da sie Einnahmen erzielen können und einen gewissen Einfluss auf die Weltwirtschaft haben. Daher denke ich, dass der Iran hier die stärkeren Karten hat und die von Trump angekündigte „Operation Freedom“ von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Ich meine, wie soll man Schiffe in der Straße von Hormus eskortieren? Der Iran könnte sie nach Belieben versenken. Der Iran hat zudem einige der Militärstützpunkte zerstört. Es gibt 13 US-Militärstützpunkte rund um den Persischen Golf. Der Iran hat einige zerstört und andere beschädigt. Und sie haben übrigens als Bedingung für ein Friedensabkommen gefordert, dass sich die USA aus all diesen Stützpunkten zurückziehen. Ich glaube nicht, dass das in naher Zukunft passieren wird, aber es ist interessant, dass sie diese zentrale Forderung stellen. Also glaube ich, dass Trump in einer

schwierigen Lage ist. Auch der Iran ist nicht in einer einfachen Lage, und als der Krieg noch in vollem Gange war, hatte er die Oberhand, weil den USA und Israel die Raketen und Abfangraketen ausgingen. Es waren nur noch wenige Abfangraketen übrig, es herrschte ein sehr gravierender Mangel, wodurch alle Golfstaaten und Israel extrem verwundbar waren. Jetzt, da der Waffenstillstand in Kraft ist, kann der Iran den Krieg nicht einfach im Alleingang wieder aufnehmen. Er würde dabei als Aggressor angesehen werden, und das wollen sie nicht. Deshalb sind sie, würde ich sagen, sehr, sehr vorsichtig bei ihren aktuellen Handlungen. Sie wollen eine gewisse Lockerung der Sanktionen erreichen. Wenn sie das nicht direkt erreichen, werden sie das Geld aus der Straße von Hormus einziehen, indem sie dort Gebühren erheben. Das ist gewissermaßen auch eine Art von Reparationszahlungen, die sie für die Kriegsschäden in Teheran gefordert haben. Wir werden also sehen. Israel ist natürlich daran interessiert, den Krieg fortzusetzen. Sie waren sehr verärgert über den Waffenstillstand, den Trump ausgehandelt hat, denn sie wollen den Iran zumindest deindustrialisieren. Sie nennen es Haarschnitt und wollen daher einfach so viel wie möglich vom Iran zerstören, was ihnen ohne die Unterstützung der USA nicht möglich ist. Ich denke das ist ein wichtiger Punkt, der es sehr schwierig macht, eine Einigung zu erzielen, da Israel diese Vereinbarung sofort nach ihrem Inkrafttreten zunichte machen würde.

ZR: Sie haben die Fähigkeit des Iran angesprochen, die Weltwirtschaft zu beeinflussen, und wie dies mit dem Atomprogramm zusammenhängt. Wir haben gesehen, dass sich die Haltung des Iran zum Atomprogramm geändert hat. Früher lautete sie: Wir verhandeln nicht, und das Atomprogramm ist Teil der Souveränität des Iran. Doch nun, in der letzten Verhandlungsrunde, zeigten sie sich bereit, es für 20 Jahre einzufrieren. Glauben Sie, dass der Iran im Grunde erkannt hat, dass er kein Atomprogramm braucht, weil er die Kontrolle über die Straße von Hormus hat, was – wie manche argumentieren – wirtschaftlich gesehen eine ebenso große Wirkung haben kann wie Atomwaffen? Und zweitens: Warum glauben Sie, dass Israel und die USA so unnachgiebig in Bezug auf das iranische Atomprogramm sind, obwohl sie selbst über Atomwaffen verfügen?

FS: Genau aus diesem Grund wollen sie nicht, dass der Iran Atomwaffen besitzt, denn Israel will die hegemoniale Macht in der Region sein. Und wenn andere Akteure in der Region über Atomwaffen verfügen, können sie nicht die hegemoniale Macht in der Region einnehmen, also wollen sie dies mit allen Mitteln verhindern. Ich halte also die Kontrolle über die Straße von Hormus sowie das iranische Raketenprogramm, das sich als sehr effektiv erwiesen hat, für entscheidend – während sich die Abfangraketen der USA und Israels als nicht sehr wirksam erwiesen haben; sie konnten die Golfstaaten nicht schützen. Sie haben also zwei Druckmittel in der Hand, aber natürlich wäre eine Atombombe eine viel, viel stärkere Abschreckung, denn dann wären sie gar nicht erst angegriffen worden, glaube ich. Ich befürworte die Anschaffung einer Atombombe durch den Iran nicht; ich halte dies für die unmenschlichste Waffe, die je erfunden wurde, und wir sollten uns vielmehr für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten einsetzen, wofür übrigens die Vereinten Nationen jedes Jahr stimmen. Seit Jahrzehnten wird über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten abgestimmt, wofür sich natürlich alle ausser den Vereinigten Staaten und Israel aussprechen. Aber in Teheran ist man sehr realistisch, daher weiß man, dass man keine Atombombe

erreichen kann. Der frühere Präsident, der von den Vereinigten Staaten getötet wurde, war aus vielen Gründen entschieden gegen Atomwaffen. Der neue Präsident, sein Sohn, mag eine andere Position vertreten, aber man weiß, dass es unter diesen Bedingungen unrealistisch ist, dies weiterzuverfolgen. Sie sind bereit, sogar beim zivilen Atomprogramm Kompromisse einzugehen, denn Teheran wurde natürlich sehr schwer getroffen, und ganz einfach gesagt wollen sie nicht, dass ihr Land zerstört wird, selbst wenn sie Trümpe in der Hand haben. Deshalb glaube ich, dass sie hier zu Kompromissen bereit sind, aber sie werden nicht so weit gehen, ihr gesamtes Atomprogramm einzustellen. Meiner Meinung nach ist das ein Punkt, bei dem sie nicht nachgeben werden.

ZR: Wenden wir uns nun der Ukraine zu, die aufgrund des Iran-Kriegs und der zunehmenden Rolle Europas in diesem Konflikt etwas in den Hintergrund gerückt ist. Auf dem Schlachtfeld hat Russland in den letzten Jahren erhebliche Gebietsgewinne erzielt. Nach Angaben des Institute for the Study of War eroberte Russland im Jahr 2024 etwa 3.600 Quadratkilometer und im Jahr 2025 etwa 4.800 bis 5.600 Quadratkilometer. Russland behauptet, im Jahr 2026 seit Januar rund 1.700 Quadratkilometer erobert zu haben, während pro-ukrainische Quellen die Zahl hingegen eher auf 600 schätzen. Was die externe Unterstützung angeht, so hat die Europäische Union, wie Sie bereits erwähnt haben, Ende April offiziell ein Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine bewilligt. Auch das Vereinigte Königreich befindet sich derzeit in Gesprächen über einen Beitritt zu diesem Kreditprogramm, damit britische Rüstungskonzerne Zugang zu Verträgen erhalten, die mit diesen Mitteln finanziert werden. Gleichzeitig vertieft Europa seine militärisch-industrielle Zusammenarbeit mit der Ukraine. Am 5. Mai brachte die Europäische Kommission eine EU-Ukraine-Drohnenallianz auf den Weg und forderte europäische Unternehmen und Institutionen auf, Gründungsmitglieder zu werden. Auch Deutschland hat kürzlich seine Partnerschaft mit der Ukraine zu einer strategischen Partnerschaft ausgebaut, wobei der Schwerpunkt auf Luftverteidigung, Drohnenmunition, Raketenentwicklung und Fernkampfkapazitäten liegt. Die europäische Unterstützung für die Ukraine wird oft mit der Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung und der Verhinderung gerechtfertigt, dass Staaten wie Russland Grenzen mit Gewalt neu ziehen. Kann die 90-Milliarden-Euro-Hilfe Ihrer Ansicht nach die regelbasierte Ordnung schützen? Und wenn nicht, welche alternativen Strategien sollte die Europäische Union verfolgen, um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu beenden und die internationale Ordnung tatsächlich zu schützen?

FS: Die regelbasierte internationale Ordnung war schon immer ein Witz. Der kanadische Premierminister hat kürzlich in seiner Rede eingeräumt, dass die Regeln nicht für alle gleich gelten, sondern dass die stärkste Nation – und das sind natürlich die USA – seit Jahrzehnten immer wieder gegen die Regeln verstößt. Und deshalb halte ich diesen Begriff sogar für sehr irreführend, und man verwendet keine Begriffe wie die UN-Charta oder den Rahmen der Vereinten Nationen oder das Völkerrecht, denn das Völkerrecht hätte natürlich Russland an der Invasion der Ukraine gehindert, aber auch die USA daran, den Iran zu bombardieren, und Israel an der Tötung von etwa 70.000 Zivilisten im Gazastreifen. Es gibt also derzeit keine wirklich existierende Ordnung, die auf dem Völkerrecht basiert, und daher ist es lächerlich, wenn der Westen behauptet, er würde dies in der Ukraine tun, während die deutsche

Regierung und andere europäische Regierungen den israelischen Völkermord in Gaza von Anfang an unterstützt haben und nichts gegen den Iran-Krieg unternommen haben – oder ihn sogar unterstützt haben, wie Deutschland mit all den Militärstützpunkten, die die USA dort nutzen. Dieses Argument funktioniert also wirklich überhaupt nicht. Was nun die Unterstützung für die Ukraine betrifft, so unterstützen die Europäische Union und insbesondere Deutschland dort einen verlorenen Krieg. Und sie unterstützen, wie ich bereits erwähnt habe, auch das korrupteste Regime in Europa. All diese 90 Milliarden werden also verloren sein. Und wohin fließen sie? Erst kürzlich hat einer der Oligarchen aus der Ukraine in Monte Carlo das teuerste Apartment der Weltgeschichte für mehr als 500 Millionen Dollar gekauft. Woher kommt nun dieses Geld? Zum Teil natürlich von der Europäischen Union, die die Oligarchen bezahlt, und weil ein Großteil der militärischen und zivilen Hilfe in diese korrupten Kanäle fließt. Und Europa befindet sich meiner Ansicht nach auf einem Weg der Selbstzerstörung. Wenn wir weiterhin all dieses Geld in diesen korrupten Staat und in einen verlorenen Krieg stecken, anstatt nach Verhandlungsmöglichkeiten zu suchen, dann werden wir dieses Land ruinieren, und wir werden Europa ruinieren. Und genau das ist im Begriff zu geschehen. Diese Militarisierung, die wir derzeit erleben – Deutschland ist dabei, sein Verteidigungsbudget auf 150 Milliarden pro Jahr zu verdreifachen. Und man hat bereits begonnen, die Sozialleistungen und alles andere drastisch zu kürzen. Das ist also extrem destruktiv. Und ich hoffe immer noch, dass einige Menschen dies erkennen, um den europäischen Sozialstaat zu verteidigen und unsere Tradition der Friedensstiftung zu wahren, die wir in Deutschland haben, anstatt diesem Wahnsinn zu folgen.

ZR: Wie könnte also unsere alternative Politik in Bezug auf die Ukraine aussehen, wenn wir Frieden erreichen wollen? Was wären die wichtigsten Komponenten, für die wir uns einsetzen können? Denn es wird immer argumentiert, dass Russland nicht an Frieden interessiert sei, sondern nur möglichst viel Territorium erobern und in der nächsten Phase Polen, Deutschland und Frankreich erobern will. Aber wie würde ein Rahmen für einen Friedensplan aussehen?

FS: Natürlich wollen sie jetzt Territorium erobern. Das stimmt, denn sie haben für diesen Krieg einen sehr hohen Preis in Form von Menschenleben gezahlt. Und so muss Putin seiner Basis zeigen, dass er etwas erreicht hat. Aber ich glaube, dass Russland nach wie vor sehr an einem echten Friedensabkommen interessiert ist, das zu einer neuen Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent führen würde. Sein Ziel ist es, die NATO aus der Ukraine fernzuhalten. Das war von Anfang an ein zentrales Thema. Was sagen nun die europäischen Regierungen? Was haben sie gesagt, seit Trump sein Amt antrat und die Verhandlungen gewissermaßen wieder aufgenommen wurden? Sie sagten einfach: Sobald wir einen Waffenstillstand haben, werden wir NATO-Truppen in die Ukraine entsenden. Das ist eine Möglichkeit, den Krieg zu verlängern, und genau das hat die Europäische Union effektiv getan. Mit solchen Vorschlägen haben sie jegliche Verhandlungen sabotiert. Russland ist nicht an einem Waffenstillstand interessiert, denn ein Waffenstillstand bedeutet für die Ukraine nur Aufrüstung. Sie wollen ein Friedensabkommen, keine NATO in der Ukraine, und natürlich wollen sie das eroberte Gebiet sichern. Das ist klar. Aber ich denke, sie wären zu

Kompromissen bei den Grenzen und beim Gebietsaustausch bereit, wenn sie die NATO aus der Ukraine fernhalten könnten. Das ist nach wie vor das Hauptproblem.

ZR: Fabian Scheidler, Autor und Journalist, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

FS: Danke für die Einladung, Zain.

ZR: Und vielen Dank für Ihr Interesse heute. Wenn Ihnen der Journalismus in diesem Video gefällt und Sie uns auch in Zukunft weiterverfolgen möchten, klicken Sie bitte unten auf den Abonnieren-Button. Vergessen Sie auch nicht, zu spenden. Wir sind ein unabhängiges und gemeinnütziges Medienunternehmen, das kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt. Daher sind wir allein auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren unabhängigen und kompromisslosen Journalismus fortzusetzen. Ich danke Ihnen fürs Zuschauen und für Ihre Unterstützung. Ich bin Ihr Moderator, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.or
g

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
